

NATO-Gipfel: Demonstrationsfreiheit abgeschafft?

Berlin/Strassbourg (11.3.09): Im ersten Aprilwochende findet der NATO-Gipfel in Strassbourg statt. Nach aktuellem Stand darf man die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit als abgeschafft betrachten. Die Kundgebung ist für den 4. April geplant.

Schwere Vorwürfe erhebt hier die Ärzteorganisationen gegen Atomtechnologie IPPNW, die rund 7.000 Mitglieder umfasst und 1980 gegründet worden ist: "Keine Demokratie unter polizei-militärischem Ausnahmezustand"

Die IPPNW hat Bundeskanzlerin Angela Merkel und den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy in Offenen Briefen aufgefordert, sich anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am ersten April-Wochenende persönlich für ein uneingeschränktes Recht auf Demonstrationsfreiheit zwischen Baden-Baden und Straßbourg einzusetzen. "Die NATO muss sich der öffentlich kritischen Debatte und dem öffentlichen Protest stellen. Wir wollen keine Demokratie unter polizei-militärischem NATO-Ausnahmezustand", so die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen.

Der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium Peter Altmaier hat für die deutsche Seite und die Europabrücke in einer Fragestunde im Bundestag am 4. März 2009 Demonstrationsfreiheit zugesagt. "Wir werden ihn beim Wort nehmen", so Claußen.

Im Rahmen der internationalen Konferenz zur Vorbereitung von Protestaktionen anlässlich des NATO-Gipfeltreffens in Straßburg wurde bekannt, dass jegliche Demonstration im inneren Stadtbezirk von Straßbourg verboten werden soll. Dazu sollen eine Rote Zone, eine Passier-Ausweis-Kontrolle und ein neues Video-Überwachungssystem eingerichtet werden. Kurzerhand soll das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt werden.

"Für die IPPNW ist das eine nicht akzeptable Einschränkung von Grundrechten. Wir verfolgen gemeinsam mit vielen Organisationen der Friedensbewegung das Ziel, am 4. April 2009 in der Innenstadt von Straßburg mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern friedlich und kreativ gegen den Nato-Gipfel zu demonstrieren", heißt es in den Offenen Briefen.

"Sie zeugten von der tiefsitzenden Furcht des Staatsapparats vor dem eigentlichen Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern.", so IPPNW.